

Laibacher Zeitung.

Nr. 258.

Pränumerationspreis. Im Komptor ganz.
fl. 11. halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Hause
halbj. 50 fr. Mit der Post ganz. fl. 16. halbj. fl. 7.50

Samstag, 9. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1 mal 60 fr.,
2 mal 80 fr., 3 mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1 m. 6 fr., 2 m. 8 fr.,
3 m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome dem Hofrathe und Professor an der wiener Universität Dr. Ernst Brücke als Ritter des kais. österr. Leopold-Ordens in Gemäßheit der Ordensstatuten den Ritterstand allernädigst zu verleihen geruht.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Karl W. Melcher, Dr. Eduard Schmidt, Friedrich Graf Alberti-Poja und Eduard Ritter v. Podolski die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Wiener Möbelstoff-, Tapeten- und Tapetenfabriken-Actiengesellschaft“ mit dem Sitz in Wien ertheilt und deren Statuten genehmigt.

Nichtamtlicher Theil.

Mit Beziehung auf die im Amtsblatte der „Wiener Zeitung“ vom 24. April 1870 enthaltene Kundmachung wird bekannt gegeben, daß der Katalog der von dem k. k. Privilegiarchive im Jahre 1871 registrierten, erschienenen, verlängerten, übertragenen und außer Kraft gebrachten ausschließenden Privilegien im Druck erschienen ist und das Exemplar um 1 fl. 6. W. bei der k. k. niederösterreichischen Postamts-Zeitungsexpedition bezogen werden kann.

Wien, am 26. Oktober 1872.

Vom Tage.

Der „U. Lloyd“ erfährt aus Wien, daß die Regierung, bevor sie den Wahlreform-Entwurf vorlegt, entweder die Erledigung des Budgets noch in diesem Jahre oder die Indemnität verlangen werde, weil die Föderalisten vielleicht wegen der Wahlreform Striche machen könnten und die Annahme von Nothwahlen zu viel Zeit erfordern und eine Stockung in den Geschäften verursachen würde. Der Reichsrath wird am 16. Dezember eröffnet werden.

Der „Bohemia“ wird von ihrem wiener Correspondenten mitgetheilt, daß die Regierung über die Form, unter welcher sie sich mit der Verfassungspartei über den Wahlreform-Entwurf in Contact setzen will, bereits einen Entschluß gefaßt hätte. Darnach soll der Entwurf den einzelnen hervorragenden Reichsraths-Abgeordneten zugesendet und ihnen damit Gelegenheit gegeben werden, mit ihren politischen Freunden, Reichs- und Landtags-Abgeordneten, den Entwurf zu besprechen und ihre Anschauungen über denselben festzustellen. Das „U. Lloyd“ fügt dieser Notiz nachfolgende Bemerkung an: „Eine solche Art der Mittheilung schiene uns für den gewünschten Zweck keineswegs geeignet. Es handelt sich ja um einen Meinungsaustausch, um gegenseitige Concessions, und dafür taugen nur mündliche Besprechungen, diese mögen dann, wenn es dem Zwecke dientlich, immerhin vertraulich gepflogen werden, aber die schriftliche Mittheilung allein reicht keineswegs aus. Am besten wäre es, die Minister rießen kurz vor dem Zusammentritte des Reichsraths die Abgeordneten der Verfassungspartei zu einer Conferenz nach Wien zusammen, und zwar so viele, als sich nur irgend beihilfen wönnen. In dieser Conferenz mag die Regierung die Motive ihres Elaborats auseinandersetzen und die Abgeordneten mögen sagen, was ihnen am Herzen liegt. Es wird sich ein Punkt finden, auf dem beide Standpunkte zu vereinen sind. In jedem Falle sollten auch die hervorragenden Mitglieder des Herrenhauses diesen Conferenzen beizugesellen, und wir hören mit Vergnügen, daß die Minister in der That geneigt sind, den in dieser Hinsicht laut gewordenen Wünschen nachzukommen.“

Über die politische Constellation, unter welcher die Gründung der diesjährigen Session der Landtage der im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder erfolgt, äußert sich die „Presse“: „Dass der österreichische Staatskörper in der Verfassung ein gesundes Volkwerk besitzt, dafür legt die soeben erfolgte Gründung der siebzehn Landtage in lehrreicher Weise Zeugnis ab. Das Räderwerk, kaum in Bewegung, versucht ganz normal seine Functionen; mit berechneter Präcision greifen alle Theilchen in einander, um jene Thätigkeit zu entwickeln, der ein hervorragender Platz zuloommt zur Verwirklichung der den König-

reichen und Ländern dienenden Einzel-Interessen. So weit die Berichte über die Gründungssitzungen reichen, geben sie zu erkennen, wie groß das Maß der Aufgaben ist, deren Lösung den Landesrepräsentanzen zufällt, und daß die überwiegende Mehrheit derselben gewillt ist, nicht müßig die Hände in den Schoß zu legen, sondern alle Vortheile auszunützen, welche aus der gegebenen Zeit und den vorhandenen Kräften gezogen werden können.“ Auf die knappe Frist von einigen Wochen zusammengedrängt, können die Berathungen der Landtage nur dann erspriechlich werden, wenn überall ohne Säumnis die Arbeit beginnt. Jeder Verzug und jeder Versuch, den Anfang der Geschäfte zu hemmen oder hinauszuschieben, könnte nur einer feindseligen Absicht entsprungen sein; die Bevölkerung hat ein theures Recht darauf, daß die Wahrnehmung ihrer Interessen von den Landesvertretungen mit vollem Ernst aufgefaßt, daß die kostbare Zeit den Diensten des Landes voll und uneingeschränkt geweiht werde.“

Bur Wahlreform.

Wir setzen die Registrierung der Journalstimmen über die Wahlreformfrage fort, wollen aber neuerlich die Bemerkung anfügen, daß diese Stimmen nur subjectiven, beziehungsweise Privatansichten Ausdruck geben dürften.

Der „U. Lloyd“ läßt sich an leitender Stelle vernehmen, wie folgt: „Man weiß, aus welchen politischen Motiven wir seit Jahren für die Durchführung der Wahlreform in Österreich eingetreten sind. Nicht noch als eine liberale, war uns das Principe der directen Wahl eine staatspolitische Nothwendigkeit. Die Aufgabe, welche für Cisleithanien zu lösen ist, gipfelt unserer Ueberzeugung nach darin, einen lebendigen und lebensfähigen Verfassungsorganismus herzustellen; ob die Ideale des modernen Chartenliberalismus damit erfüllt sind, oder nicht, ist uns zunächst bis zu einem gewissen Grade gleichgültig. Das allgemeine Interesse gebietet, eine feste Rechtsordnung für Cisleithanien herzustellen, einen Zustand der Dinge, der nicht willkürlichen Schwankungen, nicht der Renitenz der Minderheiten, nicht dem Wechsel politischer Anschaunungen preisgegeben ist, der einen festen unbestrittenen Kernpunkt der Entwicklung aufweist. Dazu halten wir ein aus directen Wahlen hervorgegangenes cisleithanisches Centralparlament für nöthig. Es ist zum Ueberdrug oft ausgeführt worden, daß ein solches Centralparlament allein den Begriff der Staatsseinheit der westlichen Reichshälfte zu repräsentieren, allein den atomisierenden Bestrebungen der nationalen Sonderwillen einen festen Damm zu ziehen, allein die Bedingungen eines stetigen und seiner Ziele bewußten Regiments zu schaffen und zu schützen vermag. Die Schöpfung dieses Parlamentes ist das Wesentliche, alles übrige das Nebensächliche. Will man aus diesem Anlaß die Begriffe liberal oder conservativ zur Discussion heranziehen, so wird man freilich der politischen Arbeit, die diesem Zwecke geweiht ist, einen eminent conservativen Charakter zuerkennen müssen. Denn die Arbeit gilt, wenn nicht der Erhaltung des Staates überhaupt, so doch der Erhaltung des verfassungsmäßigen Staates. Conservatio ist allerdings nicht reactionär, und wenn das Reformministerium sich in dem angedeuteten Sinne zugleich conservativ nennt, so hat es den Anspruch auf die beste Deutung des Wortes, auf seine wahrfeststaatsmännische Interpretation. Das ist nicht der Conservatismus, der die Reform hindert, sondern derjenige, der ihr, schon leicht seiner inneren Bedingungen selbst, entgegengesetzt.

Man sieht, wir werden gegen die Bedeutung der Aufgabe nicht ungerecht, weil wir sie möglichst nüchtern aufgefaßt, möglichst jedes unnützen Bewerbes entkleidet zu sehen wünschen. Weder die Zeittümstände, noch die Kräfte, noch die Dispositionen der öffentlichen Meinung scheinen uns einer alles umfassenden Reform im großen Style günstig zu sein. Wir werden durchaus nichts gegen einen Revisionsvorschlag einzuwenden haben, der sich von vornehere bescheidet, nicht alle einschlägigen Fragen zum definitiven Abschluß zu bringen, und der der Zukunft der constitutionellen Entwicklung auch ihr Recht läßt, wofür er in der Haupthache gerade und fest zum Ziel schreitet. Hält es das Ministerium nicht für zweckmäßig, heute schon auf die Frage der Erweiterung des Wahlrechtes, auf die Enthusiasmie, auf eine Modification des Systems der Gruppenwahl einzugehen, wir glauben nicht, daß es in diesen Richtungen gedrängt werden sollte. Die Initiative einer Regierung kann viel,

sie kann nicht alles. Vor allem wird es einer rein äußerlichen Reform nie gelingen, ein Surrogat für Rechtsthatsachen zu schaffen, die nur von innen heraus, durch eine kräftige Entwicklung des parlamentarischen Lebens selbst in das Bewußtsein der öffentlichen Meinung eingeführt werden können. Nicht das fertige System behauptet den Preis in der parlamentarischen Geschichte aller Staaten und Völker, sondern das allmäßig gewordene, das sich in geschichtlicher Strömung begründende. Hat die Regierung dem Principe zum Siege verholfen, die Unrisse des Baues festgestellt, so hat sie unseres Erachtens ihre Schuldigkeit zur Genüge gethan, es ist die Aufgabe anderer Factoren, das Principe im einzelnen durchzuführen, die Räume auszufüllen, welche ihrer Arbeit erschlossen sind.

Es ist möglich, daß mit dieser Selbstbeschränkung mehr als eine Illusion zerstört wird, die sich an den Amtsantritt des Ministeriums Auersperg knüpft. Aber wir haben eine zu gute Meinung von letzterem, als daß wir annehmen könnten, es werde sich durch die Bewunderung der schillernden Seitenblüten des öffentlichen Lebens von der Betrachtung der ernsten Thatsachen des selben abhalten lassen. Und als eine ernste Thatsache erscheint uns, daß die Frage nicht lästig compliciert, nicht Schwierigkeiten unterworfen werden darf, die sie, einfach gestellt, nicht aufzuweisen hat. Uns handelt es sich, wie gesagt, um die Durchführung der directen Wahl, und nur um diese. Wir würden alles eher vil ligieren können als eine Taktik, die der Regierung beispielweise die Mitwirkung und Unterstützung der Großgrundbesitzer entziehe, oder eine Arbeitsinstellung der conservativen Kräfte von vorneher provozierte. Man lasse doch endlich einmal, wo es sich um so gewichtige Fragen handelt, die Tageskategorien des Liberalismus und Conservatismus fallen und bemühe sich, politisch zu denken. Je mehr Parteien für das Principe gewonnen werden können, umso sicherer wird ihm zum Siege verholfen, um so sicherer das erreicht, was gerade zunächst die liberale Partei für eine Lebensfrage des Conservationalismus in Österreich, für eine Lebensfrage der Erhaltung und Ausbildung der Verfassung erkannt hat. Selbst wenn es sich um eine förmliche und ausdrückliche Vertagung gewisser liberaler Forderungen handeln sollte — und eine solche wird sich ja doch wohl in dem Entwurf vermeiden lassen — müßten wir ihr unter diesen Verhältnissen geradezu das Wort reden.

Daraus folgt wohl von selbst, daß wir nicht minder dringend den Wunsch hegen, es möge in dem demnächst zusammentretenden Reichsrathe außer der Wahlreform keine andere wichtige Vorlage eingebracht werden. Nicht nur die Bedeutung des Berathungsgegenstandes rechtfertigt diesen Wunsch, sondern auch der Gedanke, die Möglichkeiten politischer Gegensätze und Vereinigungen in den Reihen der Verfassungspartei vermieden zu sehen, welche diesmal mehr als je der Einigkeit und der festen Zusammenschließung bedürfen wird. Ohnedies steht der Reichsrath, verwirklicht sich das Programm des Ministeriums, an der Schwelle einer neuen Epoche, eines Wiederauflebens in geänderter Form. Er wird seinem verjüngten, unmittelbar aus dem Volke hervorgegangenen Nachfolger zuweisen dürfen, was ihm selbst für die Lösung der noch schwelenden Freiheitsfragen in Österreich zu leisten nicht mehr vergönnt war. Frische Geschlechter, in geschützter Stellung und ihre Kraft nicht nothwendig in der unproductiven Arbeit der Armee und des Widerstandes vergeudend, werden die müden Fechter ablösen. Aber die dankbare Erinnerung an diesen Reichsrath wird nicht verbleiben, wenn er wirklich in den heutigen staatsrechtlichen Formen seiner Epoche der letzte sein, wenn er das grösste und bedeutendste Verfassungswerk, das seit Österreich in die Reihe der constitutionellen Staaten eingetreten, unternommen worden, wenigstens in seinen Anfängen sicher gestellt haben würde.“

Bur Action der Landtage.

Niederösterreich. Der Landtag vollzieht die Wahlen in den Finanz-, Gemeinde-, Bau-, Verwaltungs-, Landeskultur-, Verfassungs- und Schulausschuss. Es werden folgende Anträge eingebracht: 1. in die Gehalte der Landesbeamten seien auch jene der Sanitätspersonen einzubeziehen; 2. mehrere Gemeinden seien zur gemeinschaftlichen Geschäftsführung zu vereinigen. Hierauf werden die eingebrachten Regierungs- und anderen Vorlagen, Petitionen und Gesetzentwürfe den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Böhmen. Die neu eingetretenen Abgeordneten leisten die Angelobung. Die Wahlen in den Budget- und Gemeindeausschuss werden vorgenommen. Abg. Limbeck motiviert seinen Antrag wegen theilweiser Abänderung der Landtagswahlordnung, worauf für diesen Antrag eine Commission gewählt wird. Mehrere Gesetzentwürfe des Landesausschusses werden den Commissionen zugewiesen.

Mähren. Unter den eingelangten Petitionen sind mehrere um Aufhebung des Schulgeldes und Erhöhung der Lehrer Gehalte. Sodann werden die verschiedenen Ausschüsse gewählt.

Schlesien. Mehrere Gesetzentwürfe werden an die Ausschüsse gewiesen und sodann verschiedene erhöhte Gemeindeumlagen zu Schulbauten bewilligt.

Bukowina. Die Wahl der neu gewählten Abgeordneten wurde ohne Debatte verifiziert. Schließlich wurden die einzelnen Fachausschüsse gewählt.

Kärnten. Taurien und Genossen beantragen die Wahl einer eigenen Commission zur Berathung der geeigneten Mittel, mittelst deren das Land den Schulgemeinden bei Erbauung, Erweiterung und Erwerbung von Schulhäusern hilfreich beispringen kann. Die Gesetzentwürfe über Hundesteuer, Heimatverband-Lagen und Gemeindeumlagen werden in allen Besungen angenommen.

Vorarlberg. In der vormittags abgehaltenen Sitzung konstituierte sich das Petitionscomité. In der Nachmittagsitzung wurden die Petitionen des katholisch-constitutionellen Cafinos in Höchst und Umgebung um Abänderung der Wahlordnung und die Petitionen der Lehrer von Bludenz um Regelung der Lehrer Gehalte nach dem Gesetze, ferner Vorlagen über die übermalige Berathung der nicht sanctionierten Bauordnung und des Schulgesetzes den betreffenden Comitss zugewiesen.

Journalstimmen über die Kreisordnungscampagne in Preußen.

Die „Spener'sche Zeitung“ schreibt über den Pairshub und die neue Kreisordnungsvorlage folgendes:

„Auswärtige Blätter beschäftigen sich bereits mit der Liste der Personen, welche zu neuen Pairs ausersehen sein sollen. Es sind dies, da vor der Rückunft Sr. Majestät in dieser Frage nichts entschieden werden kann, natürlich nur Vermuthungen, die auf mehr oder weniger plausiblen Gründen beruhen. Dass die Minorität im Herrenhaus neuer Verstärkung nicht nur an Zahl, sondern auch an politisch hervorragenden Kräften bedarf, ist gewiss richtig, und so mag z. B. die freiconservative Partei im Abgeordnetenhaus dazu ausersehen werden, einzelne ihrer Führer in das Oberhaus zu senden. Inzwischen wird officiell bestätigt, dass die neuen Pairsernennungen sich leicht bis in die neue Session hinein verzögern könnten. Die neue Kreisordnungsvorlage wird zuerst wieder an das Abgeordnetenhaus gehen. Da aber die Regierung die Nothwendigkeit erkennt, über die Modificationen im voraus Fühlung mit den Parteien zu nehmen, und sie, wie es scheint, nicht an principielle Abänderungen denkt, sondern etwa die Linie einhalten will, welche die freie Commission im Herrenhause zog, so ist zu hoffen, dass

es den Gegnern der ganzen Reform nicht gelingt, zwischen Abgeordnetenhaus und Regierung Zwiespalt hervorzurufen.“

Die „R. Z.“ richtet an das preußische Herrenhaus nachstehende Mahnung:

„Diese an den Tag gelegte Absicht und Denkungsart des Herrenhauses war weder neu, noch überraschend; wunderbar war nur die Art seines Vorgehens. Dem Herrenhause, wenn ihm eine Spur von Urtheilstraft übrig geblieben wäre, konnte es nicht entgehen, dass das Ministerium Kraft der allgemeinen Lage der Dinge zu einem rücksichtslosen Vorgehen entschlossen sein muss, selbst wenn ihm die Freiheit des Willens fehlt. Das Herrenhau“ kann sich, wenn noch ein Atom Phosphor in seinem Gehirn sich regt, über die Gefühle im Volke nicht täuschen, welche durch seine Selbstsucht und seine Beschränktheit hervorgerufen worden. Die Regierung hat den Arm erhoben und hoffentlich wird sie dem heutigen Herrenhause die Axt an die Wurzel legen. Der Streich muss ein tödlicher werden, die Krone muss der politischen Gerechtigkeit freien Lauf lassen, und das ganze Volk sieht gespannten Blicks da, um in einen tausendstimmigen Jubelruf auszubrechen, sobald der heilige Baum des Feudalismus, der immer noch in die morgensonnte Landschaft seine düstern Schatten wirft, seine Zweige zur Erde neigen wird! — Das Herrenhaus muss das alles so gut wissen, wie wir. Aber es nimmt einfach keine Notiz von der Sachlage. Es erklärt einfach seinen Willen für den allein maßgebenden im Lande. Es verlangt die unbedingte Unterwerfung des gesamten Volkes, vor allem des Bürgerthums unter seine Herrschaft. Es beleidigt dieses letztere, es verböhnt die Regierung, es ignoriert die Krone. Glaubt das Herrenhaus stärker zu sein als diese drei, oder will es, wie weiland König Sardanapal, an seinem Siege verzweifeln, in einem wüsten Canaan vom Leben Abschied nehmen? Dieses ist es, was wir nicht ergründen können und weshalb wir uns jedes Urtheils über die Handlungsweise des Herrenhauses für einstweilen entschlagen. Nur so viel scheint uns sicher, dass die brennende Frage des Tages zur Zeit nicht mehr die Kreisordnung, sondern die Reform des Herrenhauses ist. Dieselbe zu erwägen und in Angriff zu nehmen, mag zunächst Sache der Staatsregierung sein; diese aber sollte dieselbe nicht über Noth hinausziehen.“

Die „Nord. allg. Ztg.“ sagt, es könne nie vergessen werden, dass das Herrenhaus eine Gesetzesvorlage wesentlich amendierte, nicht, um sie in dieser Gestalt anzunehmen, sondern um sie zu verwerfen. Das genaute Blatt bezeichnet die Kreisordnungsfrage als „erste Etappe“ und schließt den Artikel folgendermaßen: „Es wird nothwendiger Weise die Befürchtung, diesem Hindernisse auf jeder weiteren Station vielleicht noch in verstärktem Maße und zu noch schwererer Benachtheiligung von Staatsinteressen zu begegnen, ins Gewicht fallen, und es läge nur in der Logik der Thatsachen, wenn die Erwägungen auf die innere Natur dieses Hemmnisses sich richten sollten, anstatt nur die Mittel zu dessen momentaner Beseitigung ins Auge zu fassen.“

Die „Prov. Corr.“ wirft einen Rückblick auf die conservative innere Politik des Ministeriums Bismarck, bespricht das Scheitern der Kreisordnung als des Grundstein aller weiteren inneren Neugestaltungen durch den Widerstand des Herrenhauses und sagt: Bei der Er-

richtung des Herrenhauses ist die Vorkehrung getroffen, dass dem Könige in Fällen entscheidender Wichtigkeit die Macht nicht fehle, den hartnäckigen Widerstand der augenblicklichen Mehrheit des Hauses zu brechen. Wenn die Regierung im jetzigen Falle diese Machtbefugnis gebraucht, so wird dies mit der Absicht und der Wirkung geschehen müssen, dass das Herrenhaus künftig vor einer ähnlichen Verleugnung seiner Stellung und seines Beurys und von der Nothwendigkeit einer erneuten äußeren Einwirkung bewahrt bleibe. Die „Prov. Corr.“ meldet, die Staatsregierung sei damit beschäftigt, den Kreisordnungsentwurf unter wesentlicher Aufrechterhaltung der mit dem Abgeordnetenhaus vereinbarten Grundlagen, jedoch unter Abänderung einzelner, erhebliche praktische Bedenken erregender Bestimmungen neu festzustellen. Der Entwurf geht zunächst dem Abgeordnetenhaus zu, wo alle Aussicht einer wiederholten Annahme in kürzester Frist vorhanden ist. Bis dahin werden Maßregeln zur Sicherung des Gelings der Reform auch im Herrenhause getroffen sein. Der Kaiser widmet der Durchführung dieser als unerlässlich erkannten Maßregeln seine volle Theilnahme und Entscheidlichkeit. Der Ministerialrat wird voraussichtlich nach des Kaisers Rückkehr zu einem Conseil unter Vorsitz des Kaisers berufen.

Zum Paßwesen in Frankreich.

Das Amtsblatt veröffentlicht folgende zwei Noten:

1. Die deutsche Regierung hat bestimmt, dass die Paßvorschriften vom 1. November d. J. an in Elsaß-Lothringen streng gehandhabt werden sollen. Die französischen Reisenden, die sich in die annexierten Provinzen zu begeben wünschen, werden sich daher mit einem von einer französischen Behörde ausgefertigten und von einem deutschen Gesandten oder Consul visierten Paß zu versehen haben.
2. Die Aufmerksamkeit der Regierung ist durch die Berichte ihrer diplomatischen Agenten wiederholt auf die bedauerlichen Folgen gelenkt worden, die es für unsere behutsame Ausübung irgend eines Gewerbes oder einer Industrie nach den Vereinigten Staaten ausgewanderten Landsleute nach sich zieht, wenn sie die wesentliche Formalität vergessen, ihren Engagements- oder Mietcontract durch die Consuln der Vereinigten Staaten in Frankreich zu visieren zu lassen. Nach den in den Vereinigten Staaten bestehenden Gebräuchen und Gewohnheiten kann man sich auf derartige im Auslande abgeschlossene Verträge vor den amerikanischen Gerichten nicht mit Erfolg berufen, wenn man sie nicht von den Consuln der Union am Hafen, oder wo sonst die Verträge abgeschlossen worden sind, regelrecht hat beglaubigen lassen. Da diese Vorsicht nicht nur zur Sicherung der Ausführung der Verträge, sondern auch um aus ihrer Veranlassung Gerichtsakte vollziehen zu können, unumgänglich nötig ist, so kann den nach den Vereinigten Staaten Auswandernden nicht genug in Erinnerung gebracht werden, dass sie sich schaden, wenn sie dieselbe vernachlässigen. Diese Warnung richtet sich an die Auswanderer beiderlei Geschlechtes und jeder Kategorie: Lehrer, Kunstler, Erzieherinnen, Dienstboten, Modistinnen, Näherinnen, Arbeiterinnen der verschiedenen Industriezweige.

Seisselton.

Reise-Skizzen.

Um der großartigen Schönheit jener Landschaft gerecht zu werden, die sich von Villach nach Tarvis entfaltet, bedürfte es der Feder eines Schriftstellers wie Stifter, der mit Worten Bilder malen konnte. Da Stifter leider gestorben ist, so bleibt mir nur der Wunsch auszusprechen übrig, es möge A. Kerner, dieser poetiebegabte aller lebenden Botaniker, seine Schriften in die wunderbaren Alpenhäuser lenken, deren Erschließung die Rudolfsbahn unternommen hat. Mittlerweile möge der Leser mit der Beschreibung, welche folgt, gütigst vorlieb nehmen.

Die vier Meilen lange Bahnstrecke von Villach bis Tarvis ist noch im Bau begriffen, und der Verkehr wird mittelst Postwagen und Omnibussen bewerkstelligt. Es empfiehlt sich, einen offenen Wagen zu benutzen, um sich einen freien Anblick zu wahren. Wir kommen durch das Drau-, das Gail- und das Kanalthal. Die Landschaft ist im hohen Grade malerisch. Man sieht nächst der Straße hoch oben auf Felsen mehrere Schrotthäume, in welchen durch das Herabfallen in 50 Klafter hohen Schläuchen sich die Schrottkörper bilden. An der fließbaren Gail wird vieles Holz herabgeschafft, und ihre Fluten treiben große Sägewerke. Die vortrefflich gebaute Straße begleitet eine Meile lang den mächtigen Gebirgszug des Dobracz, auf dessen Gipfel zwei Kirchen sich erheben. Am Dobracz hat einst eine ungeheure Erdabruption stattgefunden, und die Geschichte dieser Katastrophe ist mit deutlich lesbarem Schrift in der Gestaltung des Thalgrundes niedergeschrieben.

Es ist ein wunderschöner Sonntagsmorgen. Wir begegnen einzelnen Gruppen von Gailthalerninnen, die in

ihrer malerischen Nationaltracht nach Arnoldstein zur Kirche gehen. Diese Tracht besteht in kurzen Röckchen, groben weißen Strümpfen, welche die drallen Waden zur Geltung bringen, bunter Jacke und Kopftuch. Das Gailthal prangt im Schmucke der üppigsten Vegetation; das Grün der Wiesen und Hügel contrastiert lebhaft mit der gelblich-rothlichen Färbung der Felswände des Hochgebirges, dessen Spitzen seit dem gestrigen Regen mit Schnee bedeckt sind. Inmitten des Marktes Arnoldstein erhebt sich auf steiler Felswand das Schloss gleichen Namens, in welchem das Bezirksgericht sammt Steueramt seinen romantischen Sitzen aufgeschlagen hat. Auf dem Kirchplatz in Arnoldstein wimmelt es von Gailthalerninnen unter welchem Namen man jene Bewohnerinnen des Thales begreift, welche das slavische Costüm tragen. Der Bahnbau im Gailthal bietet kostbare Schwierigkeiten, insbesondere die hohe Ueberschreitung der Gailliz, dann der tausend Klafter lange Tunnel durch den Goggau. Stellenweise geht die Bahn in Gräben, 300 Fuß tief. Hier wird viel Mauerwerk und Erdbewegung erforderlich sein. Ist doch die schön angelegte Poststraße ein kostspieliges und kunstvolles Bauwerk, wie es deren nur wenige in Europa gibt.

Tief unten im weiten Thalgrunde steht vereinsamt eine alte Kirche. Heute ist Kirchtag; ringsumher sind Bänke aufgeschlagen, und die Burschen ziehen in geschlossenen Reihen hinab, voran die Musikanten, hinterdrein die Weiber. Am Horizont erscheint die imposante viersäulige Bischberggruppe, der 9000 Fuß hohe Mangart und der Montaggio; letzterer liegt bereits in Italien. Alle diese Berggipfel sind mit frisch gefallinem Schnee bedeckt, der im hellen Sonnenschein flimmert. Der schön gerundete Kogel, welcher dort hervorragt, ist der durch seinen Reichtum an Blei berühmte Königberg, von welchem König Alboin Italien überblickt haben soll.

Nach dreistündiger Fahrt auf der wunderbaren Kunst-

straße, welche wie ein Silberband das grüne Thal durchzieht, erreichen wir Tarvis. Noch einmal, kurz vor der Einfahrt in den Ort, präsentiert sich die Bischberggruppe in ihrer ganzen Länge. Wir werden morgen einen Ausläufer dieser Berge besteigen und die kolossalen Felswände, die schaurigen Abstürze und riesigen Schuttäufen dieses wüsten Dolomitengebirges ganz in der Nähe betrachten. Es ist, als blicke man in eine andere Welt! So ungefähr mag es im Monde aussehen!

Doch wir sind in Tarvis angelangt, und hier ist das Gasthaus von „Gelbfuß.“ Ich gestehe, dass das Gailthal einen tieferen Eindruck auf mich machte, als das vielgerühmte Salzkammergut. Vielleicht nur deswegen, weil meine Erwartungen hier weniger hoch gespannt waren als dort. Ohne Zweifel aber hat das Gailthal als Sommeraufenthalt eine große Zukunft.

Tarvis, welches in ein „Ober“ und „Unter“ zerfällt, ist ein wichtiger Knotenpunkt für den Verkehr zwischen Italien, Kärnten, Krain und dem Küstenlande. Und fürwahr, es ist ein herrlich gelegener Punkt. Auf der Bank vor der Thüre des Gasthauses sitzend, hat man als vis-à-vis den Mangart, scheinbar in nächster Nähe, denn man muss das Fernrohr hoch zum Firmament emporheben, um den schneedeckten Gipfel ins Auge zu fassen. Wir befinden uns inmitten einer Gebirgswelt von riesigem Maßstabe.

Für Touristen ist Tarvis wegen seiner Lage ein guter Standpunkt zu Ausflügen nach allen Richtungen. Herr Gelbfuß ist noch ein Wirth von der alten Schule, die bald austirbt; ein Mann, der für das Wohl seiner Gäste vaterlich besorgt ist. Dazu die ovrigesetzliche Magis, wie sie im Gedenkbuche genannt wird! Man lebt billig und gut in Kärnten; für ein gutes und reichliches Mittagsmahl bezahlte ich in Tarvis 50 Kreuzer, in Ischl gerade das dreifache! („Urwähler.“)

Bur Sage in China.

Der „Russische Invalid“ meldet: „Laut Mittheilungen der offiziellen „Pekinger Zeitung“ behaupteten sich die muhammedanischen Insurgenten an den beiden wichtigen Plätzen Kan-Tschou und Sinin-Fu der Provinz Kon-Sou und in dem ganzen zwischen ihnen gelegenen Gebiet. Die chinesischen Beamten, welche von Peking nach Chuchunar zur Darbringung von Opfern abgesandt waren, wurden von den Insurgenten festgenommen. Laut Bericht des General-Gouverneurs von Kan-Sou belief sich die Zahl der bereits im Jahre 1863 von den Muhammedanern in diesem Gouvernement ausgerotteten chinesischen Bevölkerung auf 300 000 Personen, in demselben Maße ist diese Ausrottung auch fortgegangen. Deshalb bittet der General-Gouverneur um die Ermächtigung, nicht nur die erwachsenen Aufständischen, sondern auch deren minderjährige Nachkommenschaft ausrotten oder die Minderjährigen wenigstens in die Gefängnisse einschließen zu dürfen. — Von einem der in der Mongolei commandierenden chinesischen Generale, und zwar dem Chef der Truppen in Schan-Cho, sind Nachrichten darüber eingelaufen, daß seine Soldaten sich bereits in dem Maße mit den gezogenen europäischen Schußwaffen eingeübt haben, daß er den Instructoren weiter nicht bedürfe und sie demnach nach Peking zurückschicken werde.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 8. November.

„Pestl Naplo“ und „Pester Lloyd“ bezeichnen jene Gesetze, welche in der gegenwärtigen Session des ungarischen Reichstages zur Verhandlung kommen. Den Anfang machen die Organisations-Gesetze für die Hauptstadt, Militärgrenze und den Königsboden. Bezuglich des letzteren soll noch die Meinung der sächsischen Deputirten eingeholt werden. Dann folgen das Budget, der Rechnungsabschluß, endlich das Wahlgesetz und die neue Haushaltordnung. Für das Handelsgesetz und das Strafgesetz wird während der Ferien eine große parlamentarische Commission eingesetzt werden.

Dem "Golos" zufolge findet zwischen Russland und Österreich ein diplomatischer Schriftwechsel statt wegen Abschließung eines Vertrags über beiderseitige Vollstreckung der Urteilsprüche in Civil- und Criminal-Prozessen.

Die deutsche Reichsregierung intendiert einen Vertrag mit Amerika zur Regelung des Auswanderer- schutzes; die Vorarbeiten hierzu sind einschleifig.

Der "Corsaire" will wissen, daß der oberste französische Kriegsrath in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt habe, die Armee von Paris in einer Stärke von 100.000 Mann zu erhalten.

"Daily News" meldet: "Der neue englisch-französische Handelsvertrag gestattet die Einhebung compensatorischer Eingangs-bölle im Aequivalente der Verzehrungssteuer und den auf einheimischen Fabriks-Erzeugnissen lastenden inländischen Steuern. Im Falle der Herabsetzung der letzteren werden auch die compensatorischen Bölle theilweise herabgesetzt. Frankreich kann ad valorem verzollte Waren mit Beschlag belegen, wenn sich Verdacht gegen die Richtigkeit der Werthangabe ergibt."

Die „Gazetta d’ Italia“ meldet, daß ein diplomatischer Bruch zwischen Italien und Griechenland wahrscheinlich sei. — In Messina sind die Garnison und auch die Carabinieri und die Sicherheitswachen verstärkt worden. Eigenthümlicher Weise bringt die „Unione nazionale“ diese Maßregel in Verbindung mit der Absicht, die seit fünf Jahren ausstehenden Rückstände der Einkommensteuer binnen der nächsten zwei Monate einzukassieren. Dasselbe Blatt fügt zu dieser Meldung noch die Bemerkung hinzu, daß seit einiger Zeit in Messina Physiognomien auftauchen, die einen nichts weniger als beruhigenden Charakter tragen, und daß auch in Palermo vage Befürchtungen bevorstehender Ruhestörungen laut werden.

Ein im madrider Amtsblatt veröffentlichtes königliches Decret schreibt eine allgemeine spanische Industrie- und Kunstausstellung in Madrid aus die am 1. Mai 1875 eröffnet werden soll. Portugiesen werden als Nationale betrachtet.

Die nordamerikanische Regierung dankt in einem längeren Schreiben des Präsidenten anerkennd dem Bundesrat und Schiedsrichter in der Alabama-Streitsfrage Stämpfli, für dessen Geschicklichkeit und den Secretär des Schiedsgerichtes, Favot, für dessen Gewandtheit, den Genfern und Schweizern für ihre Gastfreundschaft. — Staatssecretär Fish wird seine Demissio geben; wahrscheinlich werden auch noch andere Beränderungen im Cabinet erfolgen. Präsident Grant bewies die ihm dargebrachten Glückwünsche mit dem Versprechen, daß er sich bestreben werde, die friedliche Bande unter der Bevölkerung enger zu knüpfen. Beider Präsidentenwahl siegten die Republikaner in folgenden Staaten: In Ohio mit 25.000 Stimmen Majorität, Nord-Carolina mit 10.000, Maine mit 30.000, Hampshire mit 4000, Pennsylvania mit 100.000, Arkansas mit 7000, Alabama mit 10.000, Michigan mit 40.000, Indiana mit 20.000, Nebraska mit 11.000

New-York mit 40.000, New-Jersey mit 7000, Connecticut mit 3000, Massachusetts mit 65.000, Illinois mit 40.000, Iowa mit 10.000, Wisconsin mit 10.000, Delaware mit 2000, Californien mit 5000, Mississippi mit 15.000, Philadelphia mit 45.000, Süd-Carolina mit 35.000, Minnesota mit 10.000 und in Kansas 20.000 Stimmen Majorität. Die Demokraten siegten in Georgia mit 30.000, in der Stadt New-York mit 22.928 und in Maryland mit 7000 Stimmen Majorität. Zum Gouverneur von New-York wurde Dix gewählt.

und 53 Civilpensionäre, 31 Eisenbahnbeamte, 25 Studenten, 23 Lehrer, 20 Chemiker und Künstler, 19 niedere Staatsbeamte, 17 Ärzte, 16 Advokäts, 14 Justizbeamte u., aber kein Pfarrer.

— (Die ersten Geiger der Gegenwart.)
Joseph Joachim, Ungar (geb. 1831 in Kijse), Henry Wieniawski, Pole (geb. 1835 in Lublin), Henry Vieuxtemps, Belgier (geb. 1820 zu Berriens), Camillo Sivori, ein Italiener (geb. 1817 in Genua), Ferdinand Laub, Böhme (geb. 1832 in Prag), Antonio Bazzini, Italiener (geb. 1818 in Brescia), Isidor Vono, Pole (geb. 1840 in Warschau), Edmund Singer, Ungar (geb. 1830 in Totis), Leopold Auer, Ungar (geb. 1845 zu Besprim).

— (Ein musikalischs Wunderkind.) Am 1. November trat ein „elfjähriger Tenorist“ Emile Avrain aus Paris, in der Feerie „Die weiße Ratte“, am Victoria-Theater zu Berlin auf. Sein Lieder vortrag zeigt, daß er gute Meister gehabt und diese nicht ohne Vortheil gesehen hat; er trug zwei Gesänge vor, die ihm den Dacopo- und Hervorruf eintrugen. Der Knabe ist jedenfalls eine sehens- und hörenswerthe Capucat, dem die wohlwollendste und freundlichste Aufnahme zu Theil wurde.

— (Gegen die Seefrankheit.) Herr E. Chambers theilt in einem Brieze an die "Times" näheres über die von dem bekannten Gußstahl-Fabrikanten Bessemer gemachte Erfindung zur Verhütung von Seefrankheit auf den Kanaldampfern mit. „Das Modell“ — sagt dieser Gewährsmann — „sieht aus wie eine aus der Mitte einer Theuse-Dämpfers herausgeschnittene Scheibe. Das Fahrzeug selbst wurde durch eine Dampfmaschine in Bewegung gesetzt und schlängelte in der Weise, wie ein auf der See von den Wogen gepeusches Schiff bis zum Windel von 30° . Es war äußerst schwer, sich auf dem Deck auf den Beinen zu halten. Als ich aber in den Salon, die vorhin erwähnte aus der Mitte geschnittene Scheibe, eintrat, war dort von Bewegung keine Spur zu bemerken. Der Salon war so stätig wie ein Eisenbahnwagen. Die einzige Vorrichtung, welche ich bemerkte, war eine lange Handhabe, welche der Maschinist lenkte, wie diejenige, mit welcher man die Räder eines Velocipede regiert. Er hatte sonst eines Kompasses eine Nivelliermaschine vor sich, die ihm den Maßstab gab, wie der Salon in Ruhe zu halten war. Das Ganze wird regiert durch einen mächtigen hydraulischen Apparat.“

— (Rühne Schwimmer.) Der "Levant Herald" hat von seinem Correspondenten an den Dardanellen einen Bericht erhalten, welcher meldet, daß am 25. Oktober Lieutenant William Moore und Kanonier Mahoney vom dem königlich englischen Vermessungsschiffe "Sherwater" Leanders und Lord Byrons Kunstuhr, über die Dardanellen von Abydos nach Serrios zu schwimmen, erfolgreich vollbracht haben.

Tagesneuigkeiten.

— (Vom deutschen Orden.) Am 6. d. wurde in der deutschen Ordenskirche in Wien der feierliche Ritter-
schlag zwei neuen Mitgliedern ertheilt.

— (Salzburger Lōse.) Bei der vorgenommenen zweiten Verlosung des Lotterie-Anlehens der Landeshauptstadt Salzburg vom Jahre 1872 per 1,726.300 fl. in österr. Währung wurden nachstehend verzeichnete Losnummern mit den nebenbezeichneten Gewinsten in österr. Währ. gezogen, und zwar fiel der Haupttreffer mit 15.000 Gulden auf Nr. 23.119, der zweite Treffer mit 1000 fl. auf Nr. 29.899 und der dritte mit 500 fl. auf Nr. 58.299; ferner gewonnen je 100 fl. Nr. 18.201, 56.914, 61.251, 61.507 und 84.795.

— (Veruntreute Pensionen.) Der „Deutschen Zeitung“ wird aus Graz unterm 5. d. M. geschrieben: „Eine Persönlichkeit, welche sich seit längerer Zeit mit der Behebung der Pensionen für höhere Offiziere beschäftigte, ist seit einigen Tagen verschwunden, nachdem dieselbe die ihr anvertraute Arbeit des Behebens für den letzten Monat besorgt hatte. Unter den Betroffenen sollen sich zumeist Generale und Stabsoffiziere befinden; der Gesamtschaden beläuft sich auf mehr als 10.000 fl.“

— (Cholera in Ungarn.) Von 18. Oktober an bis 5. d. M. sind im ganzen erkrankt 363 Personen von denen 120 genesen, 96 gestorben und 147 in Krankenanstalten verbleiben sind.

— (Festlichkeiten in Dresden.) Das „Dresdener Journal“ veröffentlicht das Programm zu den bei dem hohen Vermählungsjubiläum Ihrer königlich sächsischen Majestäten stattfindenden Festlichkeiten. Die Feierlichkeiten, Empfangsfeste, Revue u. s. w. begannen am 7. d. M.; am 10. d. M. um 10 Uhr vormittags wird die kirchliche Einsegnung Ihrer kön. Majestäten stattfinden und am 11. d. das Fest mit einem Hofballe schließen. Wie die „Aug. allg. Ztg.“ berichtet, wird sich Herzog Carl Theodor als Vertreter Sr. Majestät des Königs von Bayern nach Dresden begeben, um von dort dem König und der Königin von Sachsen zur Feier ihrer goldenen Hochzeit zwei eigenhändige Glückwünschungsschreiben König Ludwigs zu überreichen.

— (Zur Option in Elsaß-Lothringen.)
Der „Niederrh. Cour.“ meldet, daß in Straßburg 471 Personen optiert haben, davon nahmen jedoch 1471 ihre Erklärungen wieder zurück; es bleiben also Optanten 3233. Bei 115 Optionen, die sich auf circa 260 Personen beziehen, ist die wirkliche Domicilverlegung jedoch noch zweifelhaft. Unter den Optanten befinden sich 1185 Männer über und 693 unter 20 Jahren. Am stärksten vertreten sind die Handwerker, wovon 451 optiert haben. Taglöhner sind ausgewandert 151, Kaufleute 141. Dann folgen die Weiber nach 78, Rentiere und Eigentümer 70, Militärische

Locales.

Bur zweiten Landtagssitzung.

Herr Dr. Razlag hat seinen Antrag auf Ueberreichung einer Petition an St. k. und k. Apostolische Prälatenrat in Betreff der Begnadigung von 59 wegen Verbrechens des Aufstandes verurtheilten Inlässen aus Stadl-Althammer mit warmen Worten begründet. Wir versuchen es, den Inhalt der Razlag'schen Rede möglichst getreu zu bringen, wie folgt:

ohe Versammlung!

Ich habe mir in der letzten Sitzung erlaubt, einen Antrag auf Erlossung einer Petition an Se. Majestät betreffend die Begnadigung der 59 Verurtheilten des Vorles Studor-Althammer einzubringen, und egreife heute das Wort, um dem h. Hause darzulegen, daß die Erlossung einer solchen Petition der Würde des h. Hauses entspricht und die Verurtheilten der kaiserlichen Gnade immerhin würdig seien. Am linken Ufer des Wochein- Sees liegen die Walder Voger und Booje mit einem Flächenraume von 3700 Joch. Das Gut Radmannsdorf, dem dieser Waldkomplex ursprünglich gehörte, über gab ihn im Jahre 1846 an die Einwohner von Studor und Althammer, die von damals an auch von den betreffenden Waldungen die Steuern entrichteten. Bei der Verhandlung, die Grund- und Waldservituts-Entlastungen betreffend, meldete sich als Eigentümer auch die Industriegesellschaft, die ihren Repräsentant auf die Familie Bois zurückführte, und das Gut Veldes, damals noch nicht Eigentum der Industriegesellschaft. Das Gut Veldes verzichtete jedoch schon am 24. Mai 1872 auf seine Rechte, und es drückte sich nun die Streitfrage zwischen Studor und Althammer. Die Bewohner von Studor hatten das Eigentumrecht auf neun Br. Hatch und Althammer auf ein Brchtel Theile. Es wurden Forstauflöcher aufgenommen, die bei der Bezirkshauptmannschaft Radmannsdorf beeidet wurden.

Unter verschiedenen Vorwänden der Industriegesellschaft wurde ein Provisorium bestellt, welches der genannten Gesellschaft und dem Gute Veldes die Überwachung der Wälder anvertraute. Schon am 24. Mai 1872 verzichtete die Industriegesellschaft auf ihre Rechte und die Überwachung wurde dem Gute Veldes anheim gestellt.

Dieser Zustand war den Einwohnern ganz neu, unter denen noch Besorgnis erregende Gesichte verbreitet wurden, die die Beteiligten mit dem Verluste aller Rechte bedrohten. Derartige Gesichte, sowie die irriore Meinung

nung, der § 68 des Strafgesetzes schütze beiderseitige Privatföderer nicht ebenso wie höhere k. k. Beamte, veranlaßten die Einwohner, die Forstaußsicht aus den Wäldern zu vertreiben. Dem k. k. Commissär und Bezirkshauptmann erklärten sie: „Wir sind bereit, alles zu thun, nur wollen wir uns auf unserem Grund und Boden nicht schrecken lassen.“

Die Einwohner der genannten Orte handelten also nicht mit Absicht, befanden sich in einem entschuldbaren Frethume und fürchteten um ihr Eigentum.

Berücksichtigung verdient auch der Umstand, daß mit Ausnahme von vierer sämtliche Verurtheilte ein fadelloses Vorleben aufzuweisen haben, von der Welt ganz abgeschlossen leben, und daß durch die Abhängigkeit der ausgemessenen Strafe vielen Familien keine männliche Arbeitskraft zurückbleiben würde.

Auf alle die vorgebrachten Gründe gestützt, erlaubte ich mir, dem h. Hause die Annahme des Antrages auf das wärmste zu empfehlen.“

Zur Abhilfe der Wohnungsnot.

(Fortsetzung.)

In vielen Großstädten, welche die Wohnungsnot drückt, hat man theils gesinnlich darnach gestrebt, einzelne Bevölkerungsklassen in abgesonderte Quartiere zusammenzudrängen, und theils hat sich diese Trennung natürgemäß von selber vollzogen. Auch in Wien ist sie zu bemerken, und es scheint das Streben vorhanden zu sein, sie immer mehr zu vergrößern. Nichts kann falscher sein, als diese Bildung von besonderen Bürgervierteln, Arbeitervorstädten. Die räumliche Absonderung hat auch die geistige zur Folge, es spricht sich in ihr ein Kastenwesen aus, welches gefährlich werden kann. Je mehr der vierte Stand, auf sich selber angewiesen, von dem Verkehr mit anderen Ständen abgeschlossen wird, um so läppiger wucher in ihm die socialistischen Irrlehren, wie sie die Internationale auf ihre rohe Faust geschrieben hat. Der Arbeiter im täglichen Umgang mit dem Gewerbetreibenden lebt; wo er den anderen, besser situierten Ständen, wenn auch nur räumlich, nahe steht, da ist er ein ganz anderer, als im ausschließlichen Verkehr mit den vielen unklaren und selbst böswilligen Elementen, welche in den Zeiten Sährung aus seinem ehrenwerthen Stande aufgestiegen sind. Daher keine Absonderung, keine Arbeiterviertel, sondern Mischung aller Stände, welche die Aussgleichung bringt. Auf den Einwand, daß sein bescheidenes Einkommen den Arbeiter zwingt, sich in den äußersten Ring der Städte zurückzuziehen, läßt sich freilich nur erwidern, daß hieran größtentheils die unsinnigen Bauordnungen und Bebauungspläne die Schuld tragen. Wenig wird daran gedacht, welche ungeheuren volkswirtschaftlichen Verluste die großen Entfernuungen der Arbeiterwohnungen von den Stätten der Industriehäufigkeit im Gefolge haben. Es wird dadurch ein unermäßliches Kapital an Kraft und Zeit geradezu vergeudet. Doch dies nur nebenbei. Eine Abhilfe gewährt die Entfernung der Fabriken aus den Städten. Die meisten können ohne Nachteil in minderbewohnte Bezirke verlegt werden. Das Gleiche gilt von zahllosen Thätigkeiten und Gelassen, welche nur aus alter Gewohnheit sich heute noch, unter ganz veränderten Umständen, an demselben Platz inmitten der Stadt befinden, den sie schon vor Jahrhunderten eingenommen haben, als der Bevölkerungszustand dies ohne Beeinträchtigung anderer Interessen gesattigte. So sieht man z. B. in Wien leider noch viele Grundstücke in den besten Lagen durchaus nicht nach ihrem Werthe benutzt. Magazine, Niederlagen, Manusciuren und ähnliche Etablissements müssen den Ansprüchen der steigenden Bevölkerung weichen. Ebenso sind großartige Kussernen eine Anomalie im Stadt-Innern, sie gehören hinaus vor die Thore, überhaupt dorthin, wo die häufigen Militärbewegungen den Verkehr nicht fören. Von dem Entstehen einer neuen Vorstadt auf dem durch die Donauregulierung gewonnenen Terrain hofft Wien eine Ableitung der Geschäftigkeit des Großhandels in den besten

Gegenseitigkeit. — (Continuation.)

Sollte sich die Redaktion des „Palbacher Tagblatt“ nach der jüngsten Recension über die vom Publicum äußerst günstig aufgenommene Oper „Troubadour“ noch bewegen fühlen, dem Schreiber derselben ihre Spalten zu öffnen, so dürfte sie uns wohl den humanen Rath gestatten, sich vorerst über die Competenz derselben genügend zu orientieren.

Unseres Erachtens müssen wir seine absprechende Kritik höchstens seinem gänzlichen Mangel an Verständnis zuschreiben, die dem Maßstab unserer Theaterverhältnisse ganz und gar fern liegt. In Zukunft soll es uns freuen, über hiesige theatralische Aufführungen Urtheile zu begegnen, die den Stempel der Wahrheit und Billigkeit an sich tragen.

Eingesendet.

Sollte sich die Redaktion des „Palbacher Tagblatt“ nach der jüngsten Recension über die vom Publicum äußerst günstig aufgenommene Oper „Troubadour“ noch bewegen fühlen, dem Schreiber derselben ihre Spalten zu öffnen, so dürfte sie uns wohl den humanen Rath gestatten, sich vorerst über die Competenz derselben genügend zu orientieren.

Unseres Erachtens müssen wir seine absprechende Kritik höchstens seinem gänzlichen Mangel an Verständnis zuschreiben, die dem Maßstab unserer Theaterverhältnisse ganz und gar fern liegt. In Zukunft soll es uns freuen, über hiesige theatralische Aufführungen Urtheile zu begegnen, die den Stempel der Wahrheit und Billigkeit an sich tragen.

Viele Opernsfreunde.

Neueste Post.

Pest, 8. November. In dem von der kroatischen Regnicolardeputation dem Präsidenten der ungarischen Regnicolardeputation überreichten Gesetzentwürfe verlangen die Kroaten: Ernennung des Banus ohne Gegenzeichnung des ungarischen Ministerpräsidenten, Vermehrung der in den ungarischen Reichstag zu entsendenden kroatischen Deputierten um 5, Heraufsetzung der kroatischen Quote zu den gemeinsamen Angelegenheiten, Abschaffung des Pauschal-

Hörtenbericht. Wien, 7. November. Der heutige Geldstand kann als stetig bezeichnet werden, und die Börse verkehrt demzufolge in ausgesprochener Haufe für eine außergewöhnliche Reihe von Schrankenwerthen und Nebenpapieren; aber auch, und zwar aus gleicher Ursache, bei wesentlich verhöhter Valuta.

A. Allgemeine Staatschuld.

Für 100 fl. Geld Waare

Einheitliche Staatschuld zu 5 p. Et.:

in Noten verzinst. Mai-November 65.75 65.85

" Februar-August 65.75 65.85

" Silber " Jänner-Juli 70 — 70.10

" April-October 70 — 70.10

Gose v. 1839 839.50 340.50

" 1854 (4 %) zu 250 fl. 92.50 93 -

" 1860 zu 500 fl. 102.50 102.75

" 1860 zu 100 fl. 123.50 124 --

" 1864 zu 100 fl. 142.75 143.25

Staats-Domänen-Pfandbriefe zu

120 fl. & W. in Silber 111.50 112.50

B. Grundentlastungs-Obligationen.

Für 100 fl. Geld Waare

Öhmen . . . zu 5 p. Et. 96. — 97. —

Galizien . . . " 5 " 78. — 79. —

Nieder-Oesterreich . . . " 5 " 94. — 95. —

Ober-Oesterreich . . . " 5 " 91.50 92.50

Siebenbürgen . . . " 5 " 76 — 76.50

Steiermark . . . " 5 " 91.50 93. —

Ungarn . . . " 5 " 80. — 80.50

C. Andere öffentliche Anleihen.

Donauregulierungslöse zu 5 p. Et. 96.80 97. —

U. W. Eisenbahnanleihen zu 120 fl.

" W. Silber 5% pr. Stück 100.50 101. —

Groß-Böhm.-Eisenbahn zu 100 fl.

" W. 75% Eisenbahn zu 108.25 108.50

Groß-Schlesien zu 100 fl.

Groß-Wien zu 100 fl.

Groß-Österreich zu 100 fl.